

Zu „Deutschland nicht ‚kaputtsparen‘ – AGV diskutiert – Aktivitas mit Müntefering und Missfelder“ (AM Nr.3 März 2005 und Beiträge dazu in den nachfolgenden AM-Ausgaben):

Philipp Missfelder, AGV-Vertreter und die *Finanzpolitik*

Bei der bisherigen Diskussion um die neuerliche Äusserung von Herrn Philipp Missfelder (Anm.: Den ausgeschriebenen Namen des parteipolitischen Standorts von Herrn Missfelder lasse ich aus) sind folgende Gesichtspunkte nicht zur Sprache gekommen und bedürfen der Stellungnahme:

Die Äußerung „Übereinstimmung zwischen JU und AGV herrschte zum Thema *Finanzpolitik*. Es sei unverantwortlich, dass die ältere Generation viel Geld zu Lasten der jüngeren verprasse“ sehe ich zunächst (ebenso wie dessen frühere Äußerung zu der „Keine Hüftgelenke mehr über 75“ oder so ähnlich) als vom Denken und vom Ausdruck her als schäbig, schamlos und beleidigend an. Wenn die Gesprächsteilnehmer der AGV sie ganz oder teilweise auch mitgetragen haben und auch die AM-Redaktion sie unnötigerweise auch noch in die – wenn auch Gott sei Dank nur begrenzte - Öffentlichkeit transportiert hat, so finde ich das als ähnlich unglaublich (Anm. zu AM Nr.6 Juli/August 2005 S.02 Editorial Abs.3 letzter Satz): Der Artikel trägt übrigens keinen Namen eines Verfassers).

Die Äußerung belegt aber nach meiner Meinung vor allem, dass bei den Betreffenden intellektuelle Dummheit in Verbindung mit Nichtwissen tatsächlicher bedeutungsvoller Fakten vorliegt: Es sind nicht die Alten, die a) die Ursache sind für und b) angeblich Schuld haben an den Problemen mit den ungedeckten Ausgabenverpflichtungen und für die desolante staatliche Finanz- und Wirtschaftslage in unserem Land. Diese liegen überhaupt nicht bei einzelnen Bevölkerungsgruppen.

Die Ursachen liegen vielmehr in der seit Jahrzehnten unrealistischen Öffentlichen *Finanzpolitik* und Verantwortung haben die dafür verantwortlichen Politiker. Und zwar a) mit einer Staatsbuchführung, aufgebaut auf den Grundgesetz-Artikeln 105 – 115, im System der Kameralistischen Buchführung ohne Buchung und betriebswirtschaftliche Berücksichtigung und Regelung von Rückstellungen, Rücklagen und Abschreibungen und b) in der nur liquiditätsmäßig ausgerichteten Haushaltausrichtung. Diese beachtet im Zusammenhang und mit Hilfe nur von finanz- und haushaltrechtlichen Gesetzen nur *Haushaltdefizite*, die im einzelnen Rechnungsjahr als Differenz zwischen den anfallenden Ausgaben und der notwendigen Deckung durch Einnahmen anfallen. Darüber hinaus werden im Anhang zum Haushalt nur die *Haushaltsschulden erfasst*, die fachlich „*Explizite Staatsschulden*“ genannt werden. Hier addieren sich die zur notwendigen Deckung der Haushaltdefizite formell aufgenommenen Schuldposten.

Auch sind nur diese Haushaltschulden, alias „*Explizite Staatsschulden*“ genannt, im finanzpolitischen Visier in Berlin und auch in Brüssel (wie auch bei den Ländern). Sie belaufen sich, wie mehr oder weniger auch in der breiten Öffentlichkeit bekannt, derzeit auf rd.

1,4 Bill. €.

(Anm: Sie belaufen sich beim Bund allein derzeit bei rd. 0,84 Mrd. €)

- 2 -

In der Öffentlichkeit gar nicht bekannt und beachtet sind die sog. „*Impliziten Staatsschulden*“, die aus „*unverbrieften Verpflichtungen*“ bestehen und nicht gebucht werden und nur „unter dem Strich“ statistisch erfasst sind: Höhe derzeit rd. 5,7 Bill. €.

In der Addition ergeben sich daraus die *Gesamt-Staatsschulden*, die entsprechend gleichfalls nicht im finanzpolitischen Führungsblickfeld des „Unternehmens“ Bundesrepublik, das kein betriebswirtschaftliches ist, stehen und dementsprechend gleichfalls auch weder in der medialen noch in der allgemeinen Öffentlichkeit irgendwelche Beachtung finden: Höhe derzeit rd. 7,1 Bill. €.

Dabei hat Bundespräsident Horst Köhler sie in seiner viel beachteten Rede vom 15. März 2005 (nachzulesen in der FAZ v. 16.03.05) ausdrücklich einzeln benannt, sogar mit dem Zusatz, dass die Gesamt-Staatsschulden damit 330% vom BIP erreicht haben. Doch keiner hat sie zur Kenntnis genommen (Frage: Sie doch?).

Fazit/ Kern der Sache: Berechtigte Verpflichtungen des Staates wurden/ werden finanzpolitisch nicht berücksichtigt, notwendige Deckungsbeträge sind nicht aufgebaut worden, Staatsschulden sind zu gigantischer Höhe aufgelaufen. Lösungsansätze sind (noch) nicht in Sicht, ohne umgehendes Umsteigen auf „betriebswirtschaftliche“ Buchführung und Bilanzierung und anschliessend eine superlangfristige Umfinanzierung auch nicht denkbar. Ansonsten drohen EU- und Euro-Probleme sowie intern sozialer Unfrieden.

Hinzu kommt in diesem konkreten Fall noch, dass die „Jungen“ seit ihrer Geburt mit im Boot sitzen und manchen Öffentlichen Schuldenstand unwissend und ungewollt mit verursacht haben. Sie haben auch immer schon teil an den Wohlstandsmerkmalen, von denen aus heutiger Sicht sicher manche nicht werden aufrecht erhalten bleiben können. Wer also im Glashaus sitzt, sollte nicht selbst mit Steinen werfen.

Wenn diese aufgezeigten Fakten nicht gekannt und gesehen werden (wie sich hier gerade beispielhaft bei Herrn Missfelder u.a. zeigt) und diese obendrein auch weiterhin in der hohen Finanzpolitik nicht von den verantwortlichen Politikern beachtet werden, dann laufen wir in der Tat Gefahr, dass zunehmend gesellschaftliche Gruppierungen in Gegensatz geraten und – vielleicht sogar wieder einmal wie 1933 von Demagogen – gegeneinander aufgehetzt werden:

Junge gegen Alte, Kinder gegen Eltern, Ost gegen West, Sozialutopisten gegen Wirtschaftsfachleute, Arbeitslose gegen in Arbeit Befindliche, Arbeitnehmer gegen Arbeitgeber und Kapitaleigner, Sozial- gegen Privatversicherte, Rentner gegen Beamte, Sozialistische Linke gegen Mitte, Angestammte gegen Eingebürgerte, Einheimische gegen Fremde, Normalbürger gegen besser Gebildete, Mieter gegen Hauseigentümer, Frustrierte gegen Etablierte etc. etc.

Davor dürfte uns auch der Schutz unseres Grundgesetzes nicht unbedingt bewahren können.

Herr Missfelder und Andere sollten sich nicht nur bemühen, die Ausdrucksweise abzuschwächen und krampfhaft zu erklären zu versuchen. Sie sollten sich entschuldigen und sich in Zukunft mehr um Erkenntnis und Verstehen in

- 3 -

Zusammenhängen bemühen und ihr Denken ändern, bevor sie sich zu gesellschaftspolitisch bedeutsamen Fragen öffentlich äussern. Das täte den sachlichen Auseinandersetzungen gut und auch besseren Umgangsformen von Christen untereinander, auch seitens von Angehörigen Katholischer deutscher Studentenverbände.

Ich halte die Veröffentlichung dieses Beitrag mit Darstellungen und Wertungen im Rahmen des AM-Diskussionsforums des KV für erforderlich. Ich bin übrigens bereit, falls gewünscht, meine Ausführungen zu den „*Staatsschulden und ihren Ursachen im Rahmen der Finanzpolitik*“ bei nächster Gelegenheit zusätzlich in einem weiteren Artikel noch ausführlicher und vertiefter darzustellen.

MBuH

Edgar K. Beitzen, Dipl.-Kfm. Regierungsdirektor a.D. (Rhein AH Vx)